

In Europa regieren - modern und menschlich zugleich

Zusammenfassung einer Podiumsdiskussion

Grußworte:

Renate Schmidt, stv. Parteivorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Am Podium:

Alfred Gusenbauer, Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Österreichs

Georg Hoffmann-Ostenhof, Ressortleiter der Außenpolitik, *Profil*

Katharina Krawagna-Pfeifer, Ressortleiterin der Innenpolitik, *Der Standard*

Thomas Meyer, SPD-Grundwertekommission

Anton Pelinka, Politikwissenschaftler, Universität Innsbruck

Franz Vranitzky, Präsident des Bruno Kreisky Forums

27. Juli 2000

Zentrales Thema der Podiumsdiskussion, die aus Anlass des 10. Todestages von Bruno Kreisky stattfand, war die Frage, wie die Sozialdemokratie ihre weltanschaulichen Grundwerte in Übereinstimmung mit den Erfordernissen der gewandelten gesellschaftlichen Bedingungen bringen kann, wie sie aus dieser Analyse politische Strategien ableiten und große Teile der Bevölkerung dafür gewinnen kann. In seiner Einleitung nannte Franz Vranitzky eine solche Grundsatzdiskussion in Österreich einen wichtigen Schritt zur Erarbeitung fester und plausibler Gegenpositionen zur derzeitigen österreichischen Bundesregierung.

Im Vorfeld der Diskussion überbrachte Renate Schmidt, stellvertretende Parteivorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Grüße von Gerhard Schröder. Sie erinnerte an Bruno Kreisky als einen Politiker, dessen Wirken über drei Jahrzehnte großen Anteil an der Geschichte des europäischen Ausgleichs und der Versöhnung hatte. Seine Politik der Weltoffenheit und Modernität mündete, so Schmidt, nicht zuletzt in Österreichs Mitgliedschaft in der Europäischen Union. Diese Politik müsse nach wie vor Fundament der Sozialdemokratie gelten. Modernität in Zeiten der Globalisierung bedeute die Gleichstellung von Männern und Frauen, bedeute eine intensive Beschäftigung mit Bildungspolitik, Fragen der sozialen Gerechtigkeit und mit Beschäftigungsfragen, letztlich also eine Politik der Werte.

Alfred Gusenbauer leitete die Diskussion ein, indem er die gesellschaftliche Realität von vor dreißig Jahren mit der heutigen verglich. Man müsse sich, so Gusenbauer, angesichts der radikalen Unterschiede vor Nostalgie hüten und sich darüber klar werden, dass mit

erfolgreichen Strategien der Vergangenheit die Aufgaben der Gegenwart nicht bewältigt werden könnten. Eine politische Bewegung, die den Modernitätsansprüchen des 21. Jahrhunderts gerecht werden wolle, müsse zugleich modern und menschlich sein. Das bedeute, sich zu einer Gesellschaft der Chancen in Österreich zu bekennen. Eine solche Gesellschaft müsse ihr Hauptziel darin erkennen, öffentliche Güter zur Verfügung zu stellen. Das Bildungssystem, das Pensionssystem und das Gesundheitssystem müssten weiterhin als öffentliches Gut definiert werden, ein Gleichgewicht zwischen politischen Institutionen und wirtschaftlichen Kräften gefunden werden. Er bekannte sich zum europäischen Integrationsprozess und nannte diesen eine große Chance für ein kleines exportorientiertes Land wie Österreich. Darüber hinaus sei es eine Kernherausforderung der Sozialdemokratie, das Konzept einer liberalen und toleranten, multikulturellen, europäischen Gesellschaft zu formulieren.

Zu dem von Gusenbauer angesprochenen Wertewandel, auf den die Sozialdemokratie reagieren müsse, meinte Thomas Meyer, dass die Sozialdemokratie von jeher eine Bewegung gewesen sei, in der es einen ununterbrochenen Revisionismus der Mittel angesichts veränderter Rahmenbedingungen gegeben habe. Sie habe die ökonomische Verkürzung des Begriffs der Modernität nie geteilt und müsse sich also durchaus nicht neu erfinden. Die häufig beklagte Individualisierung der Gesellschaft sei durchaus nicht identisch mit einer Entwicklung zum Egoismus. Sie bringe auch ein großes Potenzial an Solidarität und sozialem Engagement mit sich, das aktiviert werden könne. Das Thema Wertewandel griff auch Katharina Krawagna-Pfeifer auf. Sie erwähnte, dass die Politik in diesem Zusammenhang noch zu wenig erkannt habe, welche Bevölkerungsgruppen angesichts der großen Veränderungsprozesse auf der Strecke blieben. Anton Pelinka meinte, die Sozialdemokratie solle genau in diesem Punkt den Brückenschlag zwischen Modernisierungsgewinnern und -verlierern riskieren. Einig war man sich darin, dass die Sozialdemokratie ihre Kommunikationsformen modernisieren und ihr, so Meyer, der Übergang zu einer Art Mediendemokratie gelingen müsse. Zwar dürfe man nicht dem Inszenierungsdruck der Medien erliegen, müsse sich aber bewusst sein, wie zentral das mediale Vermitteln von Botschaften ist. Eine Stärke der Kreisky'schen Politik sei eben diese erfolgreiche Vermittlung von Botschaften gewesen.

Anton Pelinka postulierte, dass die Sozialdemokratie ihren alten Etatismus überwinden müsse. Bei der Zurückgewinnung von Politikfähigkeit könne es nicht darum gehen, dem alten Staat nachzutruern, sondern darum, einen neuen zu bauen, der jenseits von Nationalstaatlichkeit und Grenzen existiere.

Thomas Meyer deutete den Abschied vom Etatismus nicht als Abschied vom Staat, sondern als Hinwendung zur Auseinandersetzung mit veränderten Arbeitsformen und veränderten Möglichkeiten, wie der Staat seine Verantwortung wahrnehme. In diesem Zusammenhang kritisierte auch Alfred Gusenbauer, dass ein großer Teil der arbeitenden Bevölkerung von den bisherigen Regelungspraktiken gar nicht mehr erfasst würde. Ziel sozialdemokratischer Familien-, Sozial- und Beschäftigungspolitik unter liberalisierten gesellschaftlichen Bedingungen müsse es daher sein, die Normierungsdichte zu Gunsten der Breite der Erfassung von Lebens- und Arbeitsformen zu verringern.